FDP
Die Liberalen

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 22. Juni 2026 / SO
20260629_VL_VIntA_VZAE_d

*Elektronischer Versand:* vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

## Änderung der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) (Integration und Erwerbstätigkeit von spezifischen Personengruppen)

## Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns im Rahmen der Konsultation zum oben genannten Objekt zu äussern. Nachstehend finden Sie unsere Stellungnahme.

Die FDP.Die Liberalen unterstützt das Ziel der Vorlage, die Erwerbstätigkeit von Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich zu erhöhen und damit Sozialhilfeabhängigkeit zu reduzieren. Wer arbeiten kann, soll möglichst rasch arbeiten und Eigenverantwortung übernehmen. Dies gilt insbesondere für Personen mit Schutzstatus S aus der Ukraine, die inzwischen seit mehreren Jahren in der Schweiz leben und bei denen eine kurzfristige Rückkehr vielerorts nicht realistisch ist.

Gleichzeitig muss festgehalten werden: Der Schutzstatus S ist als temporäres und rückkehrorientiertes Instrument konzipiert. Wenn ein Konflikt aber über Jahre andauert und eine Rückkehrperspektive auf absehbare Zeit fehlt, muss der Bundesrat den Status S grundsätzlich überprüfen. Die Partei fordert deshalb eine klare Strategie für die Zukunft des Schutzstatus S: Der Status soll entweder aufgehoben werden, sobald eine Rückkehr realistisch möglich ist, oder künftig nur noch dort zur Anwendung kommen, wo eine echte Rückkehrorientierung besteht. Eine schleichende, ungeplante Verfestigung des Aufenthalts darf nicht stattfinden.

Zentral ist zudem, dass Kantone und Gemeinden durch die Verordnungsänderungen oder einen späteren Statuswechsel nicht finanziell benachteiligt werden. Die FDP begrüsst deshalb, dass keine zusätzlichen Mittel vorgesehen sind und nicht verwendete Beiträge bei Aufhebung des Schutzstatus S zurückerstattet werden müssen.

Anders beurteilt die FDP die Ausweitung umfassender Integrationsmassnahmen auf Asylsuchende im erweiterten Verfahren. Bei laufenden Asylverfahren ist Zurückhaltung geboten. Integrationsmassnahmen dürfen nicht dazu führen, dass Personen ohne gesichertes Bleiberecht faktisch auf einen dauerhaften Aufenthalt vorbereitet werden. Hier muss der Fokus auf raschen Entscheiden des SEM liegen, damit die Kantone früh wissen, ob Integration oder

Rückkehr im Vordergrund steht. Weitergehende Integrationsmassnahmen für Asylsuchende im erweiterten Verfahren sollen deshalb höchstens bei klarer Bleibeperspektive möglich sein.

Insgesamt unterstützt die FDP.Die Liberalen jene Teile der Vorlage, die Erwerbstätigkeit, Eigenverantwortung, Berufsbildung und Entlastung der Sozialhilfe fördern. Sie verlangt jedoch eine klare Differenzierung: Beim Schutzstatus S braucht es nach vier Jahren eine realistische und finanzpolitisch tragfähige Integrationsstrategie. Bei laufenden Asylverfahren hingegen braucht es Zurückhaltung, schnelle Entscheide und konsequenten Vollzug.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

| Der Co-Präsident | Die Co-Präsidentin | Der Generalsekretär |
|---|---|---|
| | | |
| Benjamin Mühlemann | Susanne Vincenz-Stauffacher | Jonas Projer |
| Ständerat | Nationalrätin | |